



Berliner CDU für Komplettumzug

Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber lädt Kandidat auf seine Kosten nach Bonn ein

Bonn. (ly) Das Berlin/Bonn-Gesetz soll "modifiziert oder gestrichen" werden. Dafür wollen sich laut einem Bericht des Berliner "Tagesspiegels" die CDU-Wahlkreisandidaten der Bundeshauptstadt einsetzen, sofern sie am 18. September gewählt werden.



Dem Bericht zufolge hat sich nach Ansicht des Berliner CDU-Landeschefs Ingo Schmitt das Gesetz "überlebt". Er wird mit dem Satz zitiert: "Die künftige Bundesregierung muss frei sein, die restlichen Ministerien in Bonn komplett in Berlin anzusiedeln."

Scharfe Kritik an diesen Aussagen übte am Montag der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber. Er wies zudem darauf hin, dass ein Umzug der in Bonn verbliebenen 10 800 Regierungsarbeitsplätze nach Berlin nach einem Gutachten des Bundesrechnungshofes (BRH) von 2004 mindestens fünf Milliarden Euro kosten würde.

In einem Brief von Kelber an den CDU-Landesverband Berlin heißt es: "Politiker müssen Wort halten. Das Berlin/Bonn-Gesetz hat sich keineswegs überlebt, sondern ist lebendiger Ausdruck der Zusage, die 1991 von den Berlin-Anhängern im Antrag für eine Bundeshauptstadt Berlin gemacht wurde.

Ohne die Zusage zu einer Arbeitsteilung zwischen Berlin und Bonn hätte es keine Mehrheit für Berlin gegeben." Er lud einen Berliner Direktkandidaten nach Bonn ein, damit der den 10 800 Familien, die die Berliner CDU zu einem Umzug zwingen will, als Gesprächspartner zur Verfügung steht: "Die Kosten für Reise und Hotel des Kandidaten sowie die Organisation des Termins vor dem 18. September übernehme ich gerne."

(16.08.2005)



[\[Regio-Ticker\]](#)